

## Nachteile für Langzeitarbeitslose

**Kürzlich führte Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke ein Fachgespräch zur arbeitsmarktpolitischen Instrumentenreform. Die Resonanz war groß angesichts der vielfältigen regionalen Bezüge.**



In der Diskussion (im Uhrzeigersinn): Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke, Christoph Kauffmann (da Capo gGmbH), Wolfgang Schreiber (Neue Arbeit), Günter Klinger (Diakonieverband), Manfred König (pro Labore) und Johann Kuttner (Sozialforum). Foto: Privat

Reutlingen - Die Arbeitsmarktpolitik ist eine Dauerbaustelle. Die grundlegenden Reformen von Rot-Grün sind gerade einmal fünf Jahre alt. Nun sollen die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, mit denen Arbeitslose bei der Suche nach Beschäftigung unterstützt werden, erneut umgestaltet werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat dazu ein "Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt" in den Bundestag eingebracht, das bereits im Herbst verabschiedet werden soll.

Die Reutlinger Bundestagsabgeordnete der Grünen, Beate Müller-Gemmeke, hatte betroffene Akteure im Landkreis Reutlingen zu einem runden Tisch geladen, um sich über Auswirkungen und Folgen dieser Instrumentenreform auszutauschen. Eine Reihe von Vertretern gemeinnütziger Beschäftigungsträger im Landkreis, aber auch Mitglieder der Agentur für Arbeit nahmen an dem Gespräch teil.

Die Bundestagsfraktion der Grünen, der Müller-Gemmeke als Sprecherin für Arbeitnehmerrechte angehört, sieht den Gesetzentwurf äußerst kritisch. Er sei "eindeutig vom Rotstift des Finanzministers diktiert", machte Müller-Gemmeke deutlich. "Verlangt werden Einsparungen von rund 7,8 Milliarden Euro bis 2015. Die Vorschläge orientieren sich am Spardiktat und nicht an inhaltlichen Erfordernissen - das wird zu Lasten der arbeitslosen Menschen gehen. Es wird aber auch die vielfältige, etablierte Trägerlandschaft in unserem Kreis vor eine schwere Belastungsprobe stellen."

Die Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger im Landkreis, die für arbeitslose Menschen geförderte Arbeitsgelegenheiten anbieten, sehen sich noch größeren Einschränkungen als bisher gegenüber. Die Arbeitsgelegenheiten unterliegen einer genauen Prüfung der "Zusätzlichkeit", der "Wettbewerbsneutralität" und des "öffentlichen Interesses". Durch eine zu bürokratische und enge Handhabung dieser Kriterien, mit zu wenig Entscheidungsspielraum vor Ort, würden die Maßnahmen noch umständlicher und kurzfristiger - zum Schaden der arbeitssuchenden Menschen, wie Günter Klinger vom

Diakonieverband Reutlingen ausführte.

Die Fixierung auf eine schnelle Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt berge darüber hinaus die Gefahr, dass Menschen "hinten runter kippen", ergänzte Gisela Steinhilber von der Arbeiterwohlfahrt Reutlingen. In Reutlingen selbst habe es mit dem Kriterium der "Wettbewerbsneutralität" bisher keine Probleme gegeben, berichtet Manfred König von pro Labore gGmbH.

Zu große Arbeitsmarktferne demotiviere die Teilnehmenden. Gleichzeitig müssten die Angebote auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten sein. In der Praxis ist dies eine Gratwanderung, wie Thomas Weiblen vom Jobcenter Reutlingen und Eckhard Hameister von der Arbeitsagentur einräumten. Die Möglichkeiten der Beschäftigungsträger, individuell zu fördern und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze anzubieten, werde durch die Instrumentenreform weiter eingeschränkt, erklärte Axel Kerll vom der gemeinnützigen Ridaf GmbH. Die fixe Zuteilung der Menschen zu verschiedenen "Fallgruppen" werde den komplexen Bedürfnissen nicht gerecht.

Gleichzeitig sollen die Mittel, die die gemeinnützigen Träger für die Betreuungsleistung erhalten, strikt gedeckelt werden. Mit einer Pauschale von maximal 150 Euro sind die Regiekosten aber nicht mehr zu decken. Christoph Kauffmann von der da Capo gGmbH machte deutlich: "Dann kann man das Geschäft irgendwann nicht mehr vernünftig machen." Mittelfristig seien viele sinnvolle Beschäftigungsprojekte "so nicht leistbar" und stünden vor dem Aus. Ohne Anleiter, ohne Sozialarbeiter lassen sich auch keine guten Projekte durchführen, wie Wolfgang Schreiber vom Verein "Neue Arbeit" betonte. Höhere Produktivität zu entwickeln ist für Sozialunternehmen kein Ausweg - dies stünde irgendwann der geforderten Wettbewerbsneutralität im Weg: "Da kann es ganz schnell zu einer Schiefelage kommen."

Für Beate Müller-Gemmeke ist klar: "Wenn sich die Regiekosten reduzieren, wird die Vielzahl der Träger abnehmen. Dann verlieren letztlich wieder die Erwerbslose, die auf dem Arbeitsmarkt am wenigsten Chancen haben." Genau dies wolle die Grünen-Bundestagsfraktion verhindern. Sie forderte die Teilnehmer auf, auf die Abgeordneten von CDU und FDP einzuwirken und Veränderungen einzufordern. Bis zur Verabschiedung der Instrumentenreform im Bundestag gebe es noch die Möglichkeit für Änderungen. Bisher aber zeige sich die schwarz-gelbe Bundesregierung beratungsresistent: "Es ist wohl noch nicht deutlich genug, wie viel auf dem Spiel steht", so Müller-Gemmeke.